

## **UB-Parteitag KölnSPD 5. November 2022**

### **Beschlüsse**

#### **2.1 OV Braunsfeld / Müngersdorf**

##### **Thema: Kommunalpolitischer Parteitag**

Der UBV und die SPD Fraktion im Rat werde aufgefordert, gemeinsam und zeitnah eine geeignete Form zur Information der Partei über die Ratsarbeit zu entwickeln und entsprechende Veranstaltungen jährlich umzusetzen.“

#### **11.2 UBV/Europaforum**

##### **Thema : Europäische Resilienz, zivilgesellschaftlicher Dialog und Wege zu einer neuen Friedensordnung**

Beschluss: „Der UBV wird aufgefordert, eine Diskussion auf der Grundlage dieses Papiers in geeigneter Form zu ermöglichen.

#### **11.3 AG 60 plus**

##### **Sozialdemokratische Friedenspolitik neu beleben - Diplomatie statt Krieg – in der Ukraine und überall !**

##### **Weiterleitung Parteivorstand**

*„Die internationale Politik der deutschen Sozialdemokratie dient dem Ziel, Konflikte zu verhindern und Frieden zu schaffen. Unsere Prinzipien dafür sind Verständigung, internationale Solidarität und gemeinsame Sicherheit durch Kooperation.“*

Hamburger SPD-Grundsatzprogramm 2007

*„Als Friedenspartei in Deutschland setzen wir auf Diplomatie und Dialog, auf zivile Krisenprävention und Friedensförderung, auf Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie internationale Zusammenarbeit.“*

SPD-Zukunftsprogramm 2021

Nach dem Krieg auf dem Balkan 1999 tobt in Europa 2022 wieder ein grausamer Krieg. Der völkerrechtswidrige und imperialistische Überfall des Putin-Regimes auf die Ukraine bringt nicht nur unendlich viel Leid für die Menschen mit sich, sondern birgt auch die Gefahr der Entgrenzung des Krieges, des Rückfalls in einen neuen kalten und heißen Krieg bis hin zu einer atomaren Auseinandersetzung zwischen Russland und der NATO.

Dies gilt es mit allen Kräften zu verhindern.

Alle Bemühungen müssen deshalb darauf ausgerichtet sein, durch Verhandlungen zunächst zu einem sofortigen Waffenstillstand zu kommen, damit das Sterben

von Menschen und die weitere Zerstörung der Infrastruktur der Ukraine gestoppt wird.

Hierzu bedarf es gemeinsamer diplomatischer Initiativen von UNO, OSZE und EU unter Einbeziehung von China und Indien.

Vollkommen kontraproduktiv für diese Bemühungen ist die Forderung, die NATO solle sich an dem Krieg militärisch aktiv beteiligen. Gleiches gilt für die Forderung, man müsse Russland wirtschaftlich ruinieren oder militärisch besiegen, da dies zu einer weiteren Eskalation führen würde.

Im Unterschied dazu steht der besonnene Kurs von unserem Fraktionschef Rolf Mützenich und von Bundeskanzler Olaf Scholz, der einen Automatismus bei Waffenlieferungen ablehnt und in seiner jüngsten Regierungserklärung u.a. sagte „Russland darf diesen Krieg nicht gewinnen. Die Ukraine muss bestehen“.

Ein Waffenstillstand könnte einen Verhandlungskorridor eröffnen, in dem über Truppenabzüge, entmilitarisierte Zonen (evtl. überwacht von UNO-Blauhelmen) sowie über die Wiederaufnahme der Minsker Verhandlungen unter Wahrung der Sicherheitsinteressen der Ukraine und Russlands gesprochen werden könnte.

Es könnte der Einstieg für Gespräche über eine neue globale Friedens- und Sicherheitsarchitektur sein. Leitbild sollte dabei die Idee der gemeinsamen Sicherheit sein, die 1982 von der sog. Palme-Kommission entwickelt wurde und in dem kürzlich in Stockholm veröffentlichten Bericht „Gemeinsame Sicherheit 2022“ fortgeschrieben wurde.

Die SPD, die als Friedenspartei in der Tradition der erfolgreichen Friedens- und Entspannungspolitik von Egon Bahr und Willy Brandt steht, ist dabei besonders gefordert. Wir verwahren uns in diesem Zusammenhang mit aller Entschiedenheit dagegen, dass diese Politik, die u.a. zur Wiederherstellung der deutschen Einheit geführt hat, im Lichte der jüngsten Entwicklung als Irrweg denunziert wird. Sozialdemokraten waren nie Handlanger Moskaus, sondern haben sich für Wandel durch Annäherung und ein friedliches Verhältnis zur damaligen Sowjetunion eingesetzt, die von Nazi-Deutschland überfallen wurde und 20 Millionen Opfer zu beklagen hatte. Richtig ist vielmehr, dass die imperiale Aggressivität der aktuellen russischen Führung mit dem lupenreinen Antidemokraten Putin an der Spitze von allen unterschätzt worden ist.

Bei der Beurteilung der aktuellen sicherheitspolitischen Lage sehen wir uns in großer Übereinstimmung mit dem DGB, der bei seinem jüngsten

Bundeskongress ebenfalls den Aufbau einer stabilen Architektur für Frieden und Sicherheit forderte, wobei er sich für einen erweiterten Sicherheitsbegriff aussprach, „ der nicht ausschließlich auf militärische Bedrohungsszenarien abstellt, sondern weit darüber hinaus geht, indem er auch Gefährdungen der Informations-, Kommunikations-, Versorgungs-, Transport- und Handelslinien, der Sicherheit der Rohstoff- und Energieversorgung sowie die Auswirkungen des Klimawandels und globaler Pandemien berücksichtigt“.

Zudem begrüßen wir, dass die deutschen Gewerkschaften sich dagegen aussprechen, den Rüstungshaushalt dauerhaft auf das 2%-Ziel der NATO oder darüber hinaus aufzustocken und die Verankerung des 2%-Ziels im Grundgesetz ablehnen. Gleiches gilt für die Beschlüsse zur Abrüstung und der Ächtung von Atomwaffen und der Beendigung von deren Lagerung in Deutschland.

Die Logik des Krieges und der Aufrüstung muss durch eine weitsichtige Friedenslogik ersetzt werden.

Auch deshalb halten wir die geplante Erhöhung der Militärausgaben in Form eines Sondervermögens von 100 Mrd. Euro, das im Grundgesetz verankert werden soll, für falsch.

Wir fordern den SPD-Parteivorstand auf, zeitnah ein Konzept für eine friedenspolitische Offensive vorzulegen, das die zuvor genannten Einschätzungen und Forderungen berücksichtigt, und dieses in den Gliederungen der Partei zur Diskussion zu stellen.

## **11.4 OV Lindenthal**

**Thema: Die Ukraine unterstützen –  
Sozialdemokratische Friedenspolitik neu denken.  
Krieg ist nicht das Ende der Diplomatie – in der Ukraine  
und überall!**

### **Weiterleitung Parteivorstand**

1. Der völkerrechtswidrige Überfall des Putin-Regimes auf die Ukraine bringt unendlich viel Leid für die Menschen in der Ukraine und darüber hinaus mit sich und birgt zudem die Gefahr der Entgrenzung des Krieges, des Rückfalls in einen neuen anhaltenden kalten und heißen Krieg bis hin zu einer atomaren Auseinandersetzung zwischen Russland und der NATO.

2. Klar ist: Der Aggressor ist eindeutig Russland! Unter der Führung von Wladimir Putin verfolgt das Land eine verbrecherische und imperialistische Politik, die an dunkelste Zeiten des 19. und frühen 20 Jahrhunderts erinnert. Für die russische Führung zählt in ihrem

nationalistisch durchtränkten Weltbild offenbar nur das Recht des Stärkeren. Die Existenzberechtigung des ukrainischen Volkes wird geleugnet. Grauensvolle und menschenverachtende Kriegsverbrechen wie in Butscha und Mariupol aber auch die Lehren aus unserer eigenen Vergangenheit zeigen - diese Aggression darf von uns und unseren Partnerländern, die dem Frieden, dem Völkerrecht und den Menschenrechten verpflichtet sind, nicht hingenommen werden. Zusammen mit unseren Partnern in Europa und Nordamerika stellen wir uns deshalb dieser Aggression entgegen und unterstützen die Ukraine in ihrem Kampf um ihre Freiheit mit schweren politischen und wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland sowie mit der Lieferung von Waffen. Dies ist in jeder Hinsicht notwendig! Wladimir Putin darf diesen Krieg nicht gewinnen. Ihm müssen unmissverständlich seine Grenzen aufgezeigt werden und er darf mit dem brutalen Überfall auf die Ukraine keinen Erfolg haben!

3. Eine notwendige und richtige umgehende Antwort auf diesen Angriff war die Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz am 24. Februar aus der die Unterstützung der Ukraine mit Waffen zur Selbstverteidigung, mit Geld und mit Sanktionen gegen den Angreifer Russland resultiert. Dazu gehören zugleich die Bemühungen, allen voran des Bundeskanzlers, eine Lösung zur Beendigung des Kriegs auf dem Verhandlungsweg zu entwickeln.

4. Im öffentlichen Diskurs in Deutschland findet dies neben dem Ruf nach immer mehr Waffen zu wenig Unterstützung. Deshalb müssen die Bemühungen, durch Verhandlungen zu einer Waffenruhe zu kommen, verstärkt und im öffentlichen Diskurs unterstützt werden; denn das Sterben von Menschen und die weitere Zerstörung von Städten und der Infrastruktur der Ukraine sowie die Ausbreitung von Hunger und Not in weiten Teilen der Welt und eine Destabilisierung Europas müssen verhindert werden. Klar ist aber auch, dass eine Waffenruhe nur im Einklang mit den Interessen der Ukraine und mit Zustimmung der Ukraine erfolgen kann.

5. Hierzu bedarf es gemeinsamer diplomatischer Initiativen der UNO, OSZE und EU unter Einbeziehung von China und Indien, deren Ziel sein muss, die territoriale Integrität und das Sicherheitsbedürfnis der Ukraine wiederherzustellen. Wir unterstützen den besonnenen Kurs von Bundeskanzler Olaf Scholz und unserem Fraktionschef Rolf Mützenich, der eine enge Abstimmung mit Frankreich und unseren anderen demokratischen Partnerländern vorsieht. Mit Recht lehnt der Bundeskanzler einen Automatismus bei Waffenlieferungen ebenso ab wie Diktat-Verhandlungen und erklärte in seiner jüngsten Regierungserklärung u.a. „Russland darf diesen Krieg nicht gewinnen. Die Ukraine muss bestehen“. Kontraproduktiv für diese Bemühungen ist die Forderung, die NATO solle sich an dem Krieg militärisch aktiv beteiligen. Gleiches gilt für die Forderung, man müsse Russland militärisch zerstören, da dies zu einer weiteren Eskalation und zur unbegrenzten Verlängerung des Krieges führen würde.

6. Ein Waffenstillstand könnte einen Verhandlungskorridor eröffnen, in dem Russland seine Truppen zurückzieht und Garantien für die Unverletzlichkeit der ukrainischen Grenzen abgibt (evtl. überwacht von UNO-Blauhelmen) sowie über die Wiederaufnahme von Verhandlungen unter Wahrung der Sicherheitsinteressen der Ukraine und Russlands gesprochen werden könnte. Es könnte der Einstieg für Gespräche über eine neue globale Friedens- und Sicherheitsarchitektur sein. Leitbild sollte dabei die Idee der gemeinsamen Sicherheit sein, die 1982 von der sog. Palme-Kommission entwickelt wurde und in dem

kürzlich in Stockholm veröffentlichten Bericht „Gemeinsame Sicherheit 2022“ fortgeschrieben wurde. Die Logik des Krieges und der Aufrüstung muss mittel- bis langfristig durch eine weitsichtige Friedenslogik ersetzt werden. Bei der Beurteilung der aktuellen sicherheitspolitischen Lage sehen wir uns in großer Übereinstimmung mit dem DGB, der bei seinem jüngsten Bundeskongress ebenfalls den Aufbau einer stabilen Architektur für Frieden und Sicherheit forderte, wobei er sich für einen erweiterten Sicherheitsbegriff aussprach, „der nicht ausschließlich auf militärische Bedrohungsszenarien abstellt, sondern weit darüber hinaus geht, indem er auch Gefährdungen der Informations-, Kommunikations-, Versorgungs-, Transport- und Handelslinien, der Sicherheit der Rohstoff- und Energieversorgung sowie die Auswirkungen des Klimawandels und globaler Pandemien berücksichtigt“.

7. Die SPD, die als Friedenspartei in der Tradition der Friedens- und Entspannungspolitik von Egon Bahr und Willy Brandt steht, ist dabei besonders gefordert. Wir erkennen an, dass wir Positionen der vergangenen Jahre in Frage stellen müssen und unsere Friedens- und Sicherheitspolitik neu justieren müssen. Ihr Ziel muss gleichwohl die Unterstützung von Frieden und Demokratie sein. Einerseits muss die Logik des Krieges und der Aufrüstung mittelfristig durch eine weitsichtige Friedenslogik ersetzt werden. Diese soll sich dabei orientieren an:

- Schaffung langfristigen Friedens und einer für allen tragbaren Sicherheitsarchitektur in Europa und der Welt
- Diplomatie und Zusammenarbeit als vorrangiges Mittel zur Krisenbewältigung
- Prozesse und Verträge zur Ächtung und Abschaffung von Nuklearwaffen
- gemeinschaftliche europäische Haltung und Handeln sowie Sicherheits- und Verteidigungsinfrastruktur.

Andererseits ist es wichtig, dass Deutschland in Bedrohungs- und Krisenfällen handlungsfähig wird und bleibt - im Einklang mit für unsere Sicherheitsarchitektur relevanten Partnern. Die Bundeswehr wurde in den letzten Jahrzehnten sträflich vernachlässigt und ist deshalb in der jetzigen unsicheren weltpolitischen Situation in einem teilweise mangelhaften Zustand. Dies schränkt ihre Fähigkeit ein, unser Land im Falle eines Angriffs zu verteidigen. Ihre Ausrüstung muss deshalb auf einen modernen Stand gebracht werden. Hierzu dient das von Olafs Scholz am 27.02.2022 angekündigte Sondervermögen von 100 Milliarden Euro zur Modernisierung unserer Streitkräfte, das wir in jeder Hinsicht unterstützen. Denn sowohl aktuell als auch in der Vergangenheit hat sich immer wieder gezeigt: Schwäche und fehlende Verteidigungsfähigkeit werden von Aggressoren allzu oft als Bestätigung und Einladung für ihre expansiven Gelüste verstanden.

Derzeit ist auch die Umsetzung des 2%-Zieles (Budget für Sicherheit/Verteidigung in Abhängigkeit des BIP) der NATO notwendig. Allerdings wäre es falsch dieses Ziel in der Verfassung zu verankern. Das notwendige Budget muss anpassbar sein und wird gemeinsam von den Bündnispartnern definiert. Ein starres 2%-Ziel ist da nicht zielführend. Unser Zielbild für Sicherheit und Frieden strebt auch an, eine mittel- bis langfristige Reduzierung des Budgets erreichen zu können.

Wir fordern den SPD-Parteivorstand auf, zeitnah ein Konzept für eine friedenspolitische Offensive vorzulegen, das die zuvor genannten Einschätzungen und Forderungen berücksichtigt, und dieses in den Gliederungen der Partei zur Diskussion zu stellen.

## **16.1. Umweltforum /UBV**

### **Thema: Zügiger Ausbau der erneuerbaren Energien für/in Köln – Unabhängigkeit von russischem Gas**

#### **Weiterleitung SPD-Ratsfraktion**

„Auch um die deutsche Sicherheit zu garantieren, muss Deutschland unabhängig von russischem Gas werden. Dafür braucht es den schnellen Ausbau erneuerbarer Energien.“ Olaf Scholz in seiner Regierungserklärung vom 27.02.2022.

Daher fordern wir die SPD-Ratsfraktion auf , intensiv die Forderungen des Kommunalwahlprogramms der KölnSPD in die Ratsdebatten einzubringen.

Für das Umweltforum der KölnSPD sind die von einigen konservativen Kräften diskutierten Optionen, den Ausstieg aus Atomkraft und Kohle rückgängig zu machen, nicht akzeptabel. Nur mit einer Energieeffizienzstrategie und erneuerbaren Energien werden wir unabhängig von Energieimporten. Daher müssen diese beiden Bereiche noch stärker als bisher geplant forciert werden. Auf Bundesebene soll das Verbot neuer Ölheizungen ab 2026 vorgezogen werden. Da die Heizungen spätestens ab 2045 nicht mehr mit Heizöl betrieben werden dürfen, solche Heizungen in der Regel aber länger als 20 Jahre halten, macht ein Neubau von Ölheizungen keinen Sinn. Das Bundeswirtschaftsministerium soll zeitnah ein weiteres Förderprogramm für mehr Energieeffizienz und den Ausbau erneuerbarer Energien auflegen. Die Stadt Köln und sonstige Akteure in der Stadt wie die Stadtwerke sollen diese Fördermöglichkeiten rasch nutzen, um die relativ geringen städtischen Mittel aufzustocken. In Köln soll die Forderung der KölnSPD aus dem Kommunalwahlprogramm zügig umgesetzt werden: Bei allen Bauvorhaben soll die Verwaltung den Bürger\*innen eine verlässliche Partnerin sein. Bei der Stadtverwaltung soll daher eine One-Stop-Beratungsstelle eingerichtet werden, die umfassend zu allen Themen und Fördermöglichkeiten über energetische Sanierung, Photovoltaik- und Solarthermie, Wärmepumpen und den Anschluss an das Fernwärmenetz berät. Eine konkrete Möglichkeit zur Verbesserung der Energieeffizienz in Köln ist der Ausbau der Fernwärme vor allem in öffentlichen Gebäuden von Stadt und Bund. Die Kölner Fernwärme nutzt Erdgas mit hoher Effizienz. Anstatt Erdgas mit geringer Effizienz in reinen Heizungen zu verbrennen, soll das Erdgas in Kraft-Wärme-Kopplung zum Heizen und zur Stromerzeugung doppelt genutzt werden. Daher sollen öffentliche Gebäude, die bisher mit Gaszentralheizungen beheizt werden, kurzfristig auf Fernwärme umstellen!

Stadtbezirk Nippes: Bundesverwaltungsamt an der Amsterdamer Straße soll an die in Riehl vorhandene Fernwärmeleitung angeschlossen werden. Stadtbezirk Innenstadt: Das Lentbad im Agnesviertel soll an die Fernwärme im Agnesviertel angeschlossen werden. Stadtbezirk Mülheim: Das Bezirksrathaus Mülheim soll an die Fernwärme angeschlossen werden. Mit dem Eigentümer des daneben liegenden Bullhochhauses soll ebenfalls über einen Anschluss gesprochen werden. Ebenso soll

die Grundschule Holweide von derzeit Heizöl auf Fernwärme umgestellt werden. Die Fernwärme wird derzeit in Köln vor allem in mit Erdgas betriebenen Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung erzeugt. Hier sollen Möglichkeiten geprüft werden, Wärme aus industrieller Abwärme und erneuerbaren Quellen in das Netz zu speisen. Bei der Förderung von BHKWs durch die Stadt Köln sollen nur solche Anlagen gefördert werden, die mit grünen Gasen bzw. erneuerbaren Energien betrieben werden können. Stadtweit sollen in Köln Vorranggebiete für Fernwärme ausgewiesen und Hauseigentümer zum Umstieg auf Fernwärme motiviert werden. Stadtbezirk Mülheim: Es soll geprüft werden, ob die Abwärme des Klärwerks Stammheim in das Fernwärmenetz eingeleitet werden kann. Stadtbezirke Mülheim und Kalk: Für das Fernwärmeteilnetzwerk Merheim-Holweide-Neubrück soll schnellstmöglich eine Solarthermie-Großanlage auf dem hervorragend dafür geeigneten Gelände gegenüber dem Heizkraftwerk Merheim gebaut werden. Damit wird sommertags das Fernwärmenetz und damit die Brauchwassererwärmung in den angeschlossenen Haushalten klimaneutral und in der übrigen Jahreszeit werden die CO<sub>2</sub>-Emissionen aus dem BHKW Merheim zumindest gesenkt. Es sollte zudem geprüft werden, ob unter den derzeitigen Bedingungen eine Anschlusspflicht an das bestehende Fernwärmenetz in Köln für Neubauten aber auch Bestandsbauten vertretbar wäre. Zudem soll untersucht werden, ob man in Köln mit Solarthermie oder Geothermie in Kombination mit Großwärmepumpen die Herausforderung der geringen Vorlauftemperaturen in den Griff bekommen kann, um den Anteil von erneuerbaren Energiequellen im Fernwärmenetz weiter zu erhöhen. Dazu sollte Abwärme von Industrieprozessen, insbesondere Rechenzentren (Telekom, WDR, Versicherungen etc), als Energiequelle für das Kölner Fernwärmenetz geprüft werden. Wir müssen schnell handeln! Und die öffentlichen Liegenschaften sollen mit gutem Beispiel voran gehen und einen signifikanten Beitrag zur Energiewende in Köln leisten

### **3.3 Jusos**

**Thema: Mehr City-Toiletten für öffentliche Räume in Köln**

#### **Ratsfraktion**

In den nächsten 5 Jahren sollen mehr Toiletten im öffentlichen Raum zur Verfügung stehen.. Zudem muss bei der Bezahlung dieser Toiletten, die Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern sichergestellt werden und somit die Benutzung möglichst für alle kostenfrei sein.

### **3.4 Arbeitskreis Neue Arbeit und UBKöln**

**Thema: Eine KI-Strategie für die Stadtverwaltung Köln**

#### **Ratsfraktion**

Die Verwaltung der Stadt Köln wird aufgefordert, eine „Kölner Strategie für die Arbeit der Zukunft“ zu entwickeln. Diese Strategie soll die aktuelle und zukünftige Transformation der Arbeitswelt berücksichtigen und der Stadtverwaltung entsprechende Handlungsfelder aufzeigen.

Insbesondere wird die Verwaltung der Stadt Köln dazu aufgefordert, die Auswirkungen von künstlicher Intelligenz und lernfähigen Algorithmen auf ihre Prozesse und Wertschöpfungsketten zu analysieren und Innovationspotenziale zu identifizieren. Besonders die Konsequenzen von KI-gestützten Technologien für Beschäftigte der Stadt und der angeschlossenen Unternehmen sollen kritisch geprüft werden.

Die entwickelte Strategie soll aufzeigen, wie einem absehbaren Arbeitsplatzabbau begegnet werden kann, ohne sich neuen Technologien zu verschließen. Sie soll die betroffenen Beschäftigten schon frühzeitig befähigen, alternative Tätigkeiten bei der Stadt oder den angeschlossenen Unternehmen wahrzunehmen. Ziel muss es sein, die Angestellten durch Fortbildungen und weitere identifizierte Maßnahmen umzuschulen oder weiter zu qualifizieren (sog. Upskilling).

Die Stadtverwaltung wird gebeten, dem Rat der Stadt Köln bis Ende 2022 einen Projektplan vorzulegen, aus dem inhaltliche und zeitliche Rahmenbedingungen hervorgehen.

### **3.5 Jusos Köln**

**Thema Aktiv gegen Alltagsrassismus**

#### **UBV- Ratsfraktion**

Wir bekämpfen Rassismus in seiner ganzen Bandbreite – von verallgemeinernden Zuschreibungen und Bemerkungen, Benachteiligungen in Privatleben und Beruf bis hin zu rechter und rassistischer Gewalt. Doch Rassismus äußert sich nicht nur in klar definierten Handlungen, sondern ist ein Bestandteil unseres Alltags. Er zeigt sich bei Lehrenden, bei Polizisten, im Karneval. Das macht es für die Betroffenen umso verletzender und für Nichtbetroffene nur schwer erkennbar. Um dieses Thema angemessen zu bearbeiten, fordern wir den UBV auf, ein Themenforum einzurichten, das ein umfassendes Bildungsprogramm mit externen ReferentInnen konzipiert und entsprechende Veranstaltungen für die Partei und die Öffentlichkeit durchführt.“ Insbesondere die Ratsfraktion soll sich beim Festkomitee Kölner Karneval dafür einsetzen, dass rassistisches und diskriminierendes Verhalten aus dem Karneval verbannt wird. Dabei soll auch die Umbenennung von Vereinen kein Tabu mehr sein, sondern ein möglicher Schritt um mehr Bewusstsein für Rassismus in der Gesellschaft zu schaffen.



**Anträge 3.6. bis 3.10 und 4.1. und 4.2. und 5.1. bis 5.7. werden in einer kleinen Kommission aus Ratsfraktion, Jusos und UB Vorstand überarbeitet werden und dann im Parteirat diskutiert und beschlossen werden**

Niemand hat die Absicht, Videoüberwachung einzurichten

Aufklärungskampagne Müll – Müll, verschwinde aus unserem Veedel

Die Stadt gehört uns allen – gegen defensive Architektur und für ein diverses Stadtbild

Keine Rheinspange im Kölner Süden als Brückenbauwerk

Keine umwelt- und städtebaurelevanten Projekte über die Köpfe der Bürger hinweg

Fußgänger\*Innenwege

Radinfrastruktur

Räume für Künstler\*Innen

Wohnungstauschbörse

Schaffung von Wohnraum

Junges Wohnen

Bezahlbares Wohnen

Das ist meine Wohnung und das bleibt auch so!

Justizzentrum an Studierendenwerk weitergeben

## **6.1 Jusos**

**Thema: Mehr Frauenhausplätze für Köln!**

### **Ratsfraktion**

Von häuslicher Gewalt betroffenen Frauen bleibt manchmal nur der Weg ins Frauenhaus. Schon vor der Corona-Pandemie gab es zu wenige Frauenhäuser, und viele Frauen mussten abgewiesen werden. Während der Pandemie hat sich der Handlungsbedarf noch weiter verstärkt: Gerade während der Lockdowns, in denen Paare und Familien viel mehr Zeit als unter Normalbedingungen miteinander in den Wohnungen verbrachten, haben sich mehr Frauen als sonst bei Hilfsorganisationen wie dem Weißen Ring gemeldet.

Im Februar 2018 wurde von den Ländern des Europarats die Istanbul-Konvention ratifiziert. Sie sieht unter anderem vor, dass auf jeden zehntausendsten Einwohner eines Landes ein Familienplatz in Frauenhäusern, also 2,59 Betten, kommt. Das würde für Köln bedeuten, dass es bei einer Einwohnerzahl von 1.088.040 (Amt für Stadtentwicklung und Statistik; Ende 2020) 282 Plätze geben müsste. Vorhanden sind aber lediglich 70. Auch das in Planung befindliche dritte Frauenhaus ändert an der Unterversorgung nur wenig.

Deshalb fordern wir 212 weitere Frauenhaus-Plätze für die Stadt Köln! Langfristig muss sichergestellt werden, dass die Anzahl der Plätze der aktuellen Bevölkerungszahl gerecht wird. Darüber setzen wir uns auch über die Grenzen von Köln hinaus für die Schaffung von Frauenhausplätzen und die Einhaltung der Istanbul-Konvention ein.

Clearing-Houses langfristig etablieren!

Wir möchten den Ausbau von Frauenhäusern in Köln weiter voranbringen. Daneben möchten wir auch Schutzräume für kurzfristige Interventionen fördern. Hierfür soll das Projekt "Clearing House" gefördert werden, welches Frauen in Not eine kurzfristige, sichere Unterkunft sowie weitergehende Hilfe bietet.

Um Ehrenamtlichen die Einrichtung und weitere Finanzierung von Clearing Houses zu erleichtern, fordern wir eine Vereinfachung der Finanzierungsanträge. Diese sollen in Zukunft vereinfacht und zentral gestellt werden können. Außerdem soll die Finanzierung langfristig garantiert werden, sodass nicht jedes Jahr neue Anträge gestellt werden müssen.

## **6.2 Jusus**

### **Thema Einzelfallunabhängige und bedarfsgerechte Frauenhausfinanzierung**

#### **Ratsfraktion**

Wir unterstützen die Forderungen der "Zentralen Informationsstelle Autonomer Frauenhäuser" und setzen sich dafür ein, dass das sogenannte 3-Säulen-Modell zur Finanzierung von Frauenhäusern umgesetzt wird. Das Modell sieht eine Finanzierung aus Sockelbetrag, Platzkostenpauschale und Gebäudekosten vor.

Eine pauschale, kostendeckende und verlässliche Finanzierung von Frauenhäusern bedarf der Schaffung einer bundesgesetzlichen Regelung. Sie sollte Bund, Länder, Landkreise und Kommunen in die Verantwortung für eine angemessene Finanzierung nehmen. Dies ist sinnvoll, damit sich alle Ebenen für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen engagieren und darin eingebunden sind.

Die Finanzmittel sollten nach einem festzulegenden Schlüssel zugewiesen werden und alle Kosten abdecken. Zur Verwaltungsvereinfachung sollten Zuschüsse aus einer Hand ausgezahlt werden. Damit entfallen Zuständigkeitsstreitigkeiten zu Lasten der misshandelten Frauen und ihrer Kinder.

Letztlich läge die Finanzierungsverantwortung somit beim Staat und nicht bei den gewaltbetroffenen Frauen und ihren Kindern.

## **6.3 Jusus**

### **Thema: Rabatt für Schüler\*innen, Azubis, Senioren, Studierende und Menschen mit Behinderung bei den KölnBäder GmbH**

#### **Ratsfraktion**

Es soll ein Rabatt auf den Eintrittspreis für das 1,5-Stunden-Ticket der KölnBäder GmbH für Schüler\*innen, Azubis, Senior\*innen, Studierende und Menschen mit Behinderung bei den Köln Bädern GmbH eingeführt werden. Der Rabatt soll 50 Prozent betragen.

## **7.1 OV Mülheim und OV Dellbrück**

### **Thema: Krankenhaus Holweide als kommunales Vollkrankenhaus erhalten – Kein Ausverkauf der städtischen Kliniken in einen Klinikverbund mit den Universitätskliniken Köln**

#### **Ratsfraktion**

1. Die KölnSPD spricht sich für den Erhalt des Krankenhauses Holweide als kommunales Vollkrankenhaus mit Notfallambulanz und Intensivmedizin aus.
2. Neben dem Erhalt des Klinikums fordert die KölnSPD die sofortige und umfassende Fortführung der Sanierung und Modernisierung des Krankenhauses, den Ausbau der medizinischen Kapazitäten und die Attraktivierung der Arbeitsbedingungen. Der jahrzehntelange Sparkurs und eine profitorientierte Krankenhausfinanzierung haben dafür gesorgt, dass das Krankenhaus Holweide in „schweres Fahrwasser“ geraten ist. Das war unverantwortlich und muss sich schnell und dringend ändern.
3. Die KölnSPD spricht sich gegen die von OB Reker und ihrem Bündnis von CDU, Grüne und FDP beabsichtigte Einbindung der städtischen Kliniken in den sog. „Klinikverbund“ mit den Universitätskliniken Köln aus. Die städtische Krankenhausversorgung mit dem Krankenhaus Holweide und den Krankenhausstandorten Merheim und Amsterdamer Straße soll weiterhin in der Trägerschaft und operativen Leitung der Kliniken der Stadt Köln gGmbH (100% Eigentum der Stadt) verbleiben.
4. Die SPD-Ratsfraktion wird aufgefordert, alle politischen Möglichkeiten zu nutzen, sich hierfür im Rat, über die Fachausschüsse Gesundheit und Soziales, den Finanzausschuss als Beteiligungsausschuss und im Aufsichtsrat der Kliniken gGmbH aktiv einzusetzen.
5. Die KölnSPD fordert ihre Mandatsträger auf, sich auf allen nötigen Ebenen dafür einzusetzen, dass Kommune, Land und Bund genügend Mittel zur Verfügung stellen, die Finanzierung des Krankenhausbetriebes zu sichern und zu verbessern, um einerseits gute Medizin für Jede\*n zu ermöglichen und andererseits genügend gut ausgebildetes Personal zu guten Bedingungen zu beschäftigen.

## **7.2 Jusos**

### **Thema: Kostenlose Tests auf sexuell übertragbare Krankheiten in Köln**

#### **Ratsfraktion**

Das Angebot der Stadt Köln an kostenlosen HIV-Tests und Beratungen soll bedarfsunabhängig auf STI (sexually transmitted infections) wie Syphilis, Chlamydien, Gonokokken (Tripper) und Mykoplasmen ausgeweitet werden. Zusätzlich sollen bestehende Präventionsmaßnahmen im Youthwork und sexualpädagogischen Bereich sowie im Bereich der Sexarbeitsszene ausgeweitet werden. Hierzu sollen adäquate Ressourcen bereitgestellt und zusätzlich zum Angebot der Stadt eine Kooperation mit der Aidshilfe Köln e.V. angestrebt werden, die in diesem Bereich bereits aktiv ist.

## **8.1 OV Ehrenfeld**

### **Thema: Einführung eines Gesetzes gegen die Verschwendung von Lebensmitteln**

#### **Bundestagsfraktion**

SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert die Einführung eines Gesetzes gegen die Verschwendung von Lebensmitteln zu initiieren

Frankreich produziert laut französischem Umweltministerium jährlich 10 Millionen Tonnen an Lebensmittelabfällen, in Deutschland sind es nach Angaben des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft 12 Tonnen, die jährlich weggeworfen werden. Die größten Unterschiede lassen sich bei Endverbrauchern feststellen: in deutschen Haushalten landen jährlich pro Kopf 75 kg an Lebensmitteln in der Tonne, in Frankreich sind es 30 kg pro Person.

Frankreich hat 2013 als erstes europäisches Land ein Gesetz auf den Weg gebracht, um gegen Lebensmittelverschwendung vorzugehen. Ein wichtiges französisches Gesetz (la "Loi Garot") ist dann 2016 in Kraft getreten und hat konkrete Maßnahmen gegen Lebensmittelverschwendung eingeführt. Darunter ist eine Anordnung, die es den großen Einzelhändlern und Supermärkten verbietet, nicht verkaufte Lebensmittel unbrauchbar zu machen. Vielmehr sollen verbleibende Nahrungsmittel an soziale Einrichtungen gespendet werden. 2018 wurde das Gesetz auf die gesamte Gastronomie und weitere Branchen ausgeweitet. Wer sich nicht daran hält, kann mit einer Strafe von bis zu 0,1 % des Umsatzes sanktioniert werden.

Deutschland hat sich dabei mehr Zeit genommen und das Problem erst später erkannt.

Unsere Nachbarn haben sich als Ziel gesetzt, die Lebensmittelabfälle der Haushalte, der Produktion, der Weiterverarbeitung und der gewerblichen Gastronomie bis 2030 zu halbieren. In Deutschland wird ein ähnliches Ziel für 2030 angestrebt, allerdings nur auf Einzelhandels- und Verbraucherebene. Bei der Produktion und den Lieferketten ist in Deutschland lediglich von einer „Verringerung“ der Lebensmittelabfälle die Rede.

Der grundlegende Unterschied liegt darin, dass die politischen Maßnahmen in Deutschland Empfehlungen sind und auf freiwilliger Basis beruhen. In Frankreich dagegen sind sie rechtskräftig.

Schon im jungen Alter werden französische Kinder in Schulen auf die Problematik der Lebensmittelverschwendung aufmerksam gemacht und viele Programme wurden bereitseingeführt.

Des Weiteren empfiehlt das französische Umweltministerium den Konsumenten die Kühlkette ihrer Einkäufe zu beachten, zu große und impulsive Einkäufe zu

vermeiden und das Verbrauchsdatum richtig zu deuten (d. h. Lebensmittel auch noch nach Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatums zu verwenden, sofern die genießbarkeit gegeben ist). Alles in allem wird somit weniger verschwendet und Verbraucher hätten am Ende des Jahres ca. 100Euro mehr im Geldbeutel! Dies wirkt sich auch auf den Klimaschutz aus.

## **8.2 Jusos**

### **Thema : TIERE IM ESSEN -VERBRAUCHER:INNENSCHUTZ STÄRKEN**

#### **NRWSPD Landtagsfraktion / SPD-Bundestagsfraktion**

Wir fordern NRWSPD Landtagsfraktion / SPD-Bundestagsfraktion dazu auf sich mit dafür einzusetzen dass für die Verpackungen von jeglichen Lebensmitteln verpflichtend wird

- Die Kennzeichnung aller Inhaltsstoffe und Zutaten tierischen Ursprungs im Zutatenverzeichnis,
- die Auflistung aller Hilfs- und Verarbeitungstoffe, die bei der Produktion eingesetzt wurden,
- die Aufschlüsselungen in Tierbestandteile (aus toten Tieren gewonnen, d.h. weder vegetarisch noch vegan) und Tiererzeugnisse (von lebenden Tieren erzeugt, d.h. vegetarisch),
- die klare Benennung der Tierart, von oder aus der die jeweiligen Inhaltsstoffe und Zutaten gewonnen wurden.
- die Einführung von Piktogrammen um auch Menschen mit sprachlichen Barrieren zu inkludieren

## **9.1 Jusos**

### **Thema Umbenennung des herkunftssprachlichen Unterrichts**

#### **Landtagsfraktion**

Das Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen wird aufgefordert, den sogenannten „herkunftssprachlichen Unterricht“ in „familiensprachlichen Unterricht“ umzubenennen. Kinder und Jugendliche sollen somit vor von außen auferlegten Identitätsfragen geschützt werden. In einer offenen und modernen Gesellschaft sollten diese losgelöst von institutionalisiertem Unterricht verwirklicht werden können.

## **9.2 Jusos**

### **Thema Gendergerechte Sprache in Schulmaterialien**

#### **Landtagsfraktion**

Wir fordern eine konsequente gendergerechte Sprache in Schulmaterialien ab der weiterführenden Schule. In der Grundschule ist, wenn es dem Bildungsstand der Schüler\*innen entspricht, eine genderneutrale Ausdrucksweise in Schulmaterialien erwünscht. Ebenso sollen tradierte Rollenbilder in Schulmaterialien durch diversere Bildnisse ausgetauscht werden, um die Vielfalt der Gesellschaft darzustellen. Dies soll verpflichtend für alle neuen Schulmaterialien gelten.

### **9.3 OV Ehrenfeld**

#### **Thema Nachholen von Schulabschlüssen ausbauen und optimieren**

##### **Bundestagsfraktion**

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, den Rechtsanspruch auf einen nachholenden Schulabschluss zu erweitern und mit zusätzlichen Finanzmitteln auszustatten.

Die Erweiterung des Rechtsanspruchs sollte auch weiterführende Abschlüsse über den Hauptabschluss hinaus einbeziehen. Zudem sollten Maßnahmen förderfähig werden, die neben dem schulabschlussbezogenen Unterricht praktische, berufliche Tätigkeiten bzw. vergleichbare Einsatzmöglichkeiten wie das freiwillige soziale Jahr einbeziehen.

### **9.5. AfB**

#### **Gesamtschulen für Köln – moderne, integrierte Systeme konsequent ausbauen**

Der Parteitag möge beschließen zur Weiterleitung an die **SPD-Ratsfraktion**

Die KölnSPD setzt sich dafür ein, dass zum Ausbau des Schulangebots im Bereich der weiterführenden Schulen in der Stadt Köln prioritär der Ausbau von Gesamtschulen vorangetrieben wird, bis dem Elternwunsch nach Gesamtschulplätzen nachgekommen wird.

Bei Entscheidungen zur Schulbauplanung, der Grundstückserschließung, der möglichen Umnutzung von geeigneten Gebäuden soll darauf hingewirkt werden, dass beim Ausbau des weiterführenden Schulsystems für die Klassen 5-13 zuerst die Einrichtung einer Gesamtschule angestrebt wird.

Dabei ist eine Gründungsgröße von vier Eingangsklassen, sowie ein Ausbau bis zu einer sechszügigen Gesamtschule die angestrebte Modellgröße. Übergroße Systeme mit bis zu neun Zügen sind zu vermeiden. Die baulichen Planungen sollen eine Schule im Veedel für alle Bürgerinnen und Bürger ermöglichen.

## **9.6 AfB Unterbezirk Köln**

### **Berufskollegs stärken und ausbauen- Fachkräftemangel innovativ bekämpfen Köln zum Vorbild machen**

Der Parteitag möge beschließen zur Weiterleitung an die **SPD-Ratsfraktion**

Die Berufskollegs der Stadt müssen in ihrer fachlichen Ausrichtung und innovativen Entwicklungen unterstützt werden. Die KölnSPD setzt sich dafür ein, die Unterstützung der Berufskollegs zu einem Schwerpunktthema der Schulentwicklung zu machen. Dazu gehört eine umfassende und dezentrale Werbung für die berufliche und schulische Ausbildung, eine gute fachspezifische Ausstattung und Möglichkeiten zur freien innovativen Entwicklung der einzelnen Kollegs. Die Berufskollegs müssen die Entwicklung in den Berufsbereichen in ihrer Ausstattung und in ihren Ausbildungsinhalten spiegeln können, um attraktiv für Jugendliche zu sein.

## **10.1 Jusos**

### **Thema Gottesbezug in der NRW Verfassung ändern**

#### **Landtagsfraktion**

Wir fordern, dass die Präambel der nordrhein-westfälischen Verfassung geändert wird, indem die Formulierung "In Verantwortung vor Gott" durch "In Anerkennung der unantastbaren Menschenrechte," ersetzt wird.

Außerdem fordern wir eine Änderung von Artikel 7 Absatz 1 der Landesverfassung und § 2 Absatz 2 des Schulgesetzes des Landes NRW, indem der Satzanfang „Ehrfurcht vor Gott“ durch die Ergänzung „Respekt vor religiösen und nicht-religiösen Weltanschauungen“ in der Aufzählung von Erziehungszielen ersetzt wird. Der in dieser Weise umformulierte Satz würde lauten: „Achtung vor der Würde des Menschen, Bereitschaft zum sozialen Handeln und Respekt vor religiösen und nicht religiösen Vorstellungen zu wecken, ist vornehmstes Ziel der Erziehung“

Schließlich fordern wir, in Artikel 25 Absatz 2 der Verfassung des Landes NRW die Worte „als Tag der Gottesverehrung“ durch die Worte „als Tag religiöser und nicht-religiöser Wertebesinnung“ zu ersetzen.

## **10.3. OV Ehrenfeld**

### **Thema - Flucht und Asyl**

#### **Bundestagsfraktion**

Die neu gewählte SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, einen Gesetzentwurf zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes dahingehend einzubringen, dass die Bundesländer aus humanitären Gründen ohne Zustimmung durch das Bundesinnenministerium Fliehende aufnehmen und auf die die Kommunen vorrangig die sich zu „Sicheren Häfen“ erklärt haben, verteilen können.

## **10.5 OV Vingst / Ostheim**

### **Thema Kein Profit auf den Rücken von Schuldner\*innen!**

#### **Bundestagsfraktion**

Wir fordern die Nachbesserung des Gesetzes zur Verbesserung des Verbraucherschutzes im Inkassorecht in folgenden Punkten:

- Begrenzung der Ratenzahlungsvereinbarungsgebühren unabhängig von der Forderungshöhe auf maximal 2% des Forderungsbetrages
- Verbot von erfundenen Kostenaufstellungen (z. B. Kontoführungsgebühren)
- Begrenzung der Adressermittlungsgebühren auf 15€ sowie Pflicht zur Nachweiserbringung des Bedarfs der Adressermittlung durch die Inkassounternehmen
- Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für ein Verbot von Konzerninkasso
- Pflicht zur Einhaltung eines dreistufigen Mahnverfahrens für Unternehmen vor dem Abtreten der Forderung an Inkassounternehmen

Weder das bisherige Inkassogesetz noch das neue Gesetz zum Inkassowesen vom 01.10.2021 bieten einen ausreichenden Schutz für Schuldner\*innen in Deutschland. Die Verbraucher\*innen müssen besser vor den Profitinteressen der Inkassounternehmen geschützt werden. Hierfür müssen Gesetzeslücken beseitigt und klare Strukturen geschaffen werden, die es den Verbraucher\*innen ermöglichen, ihre Schulden zu tilgen und rechtswidrige Forderungen von rechtskonformen zu unterscheiden.

## **11.1 OV Ehrenfeld**

### **Thema Keine Bewaffnung von Drohnen für die Bundeswehr!**

#### **Bundestagsfraktion**

Die SPD lehnt die Bewaffnung von Drohnen für die Bundeswehr ab und setzt sich für ihre internationale Kontrolle, Abrüstung und Ächtung ein.

Das Scheitern des Afghanistankrieges zeigt erneut, wovor Whistleblower wie Cian Westmoreland aus dem US-Drohnenprogramm warnen: Der Einsatz bewaffneter Drohnen ist selbst Terror gegen die Zivilbevölkerung und bringt eben diesen hervor, wie auch immer die Einsatzregeln der Waffe ausgestaltet werden: Bewaffnete Drohnen werden in Afghanistan „Todesengel“ genannt – denn sie unterscheiden sich aufgrund der dauerhafte Präsenz und der ständigen Todesgefahr aus der Luft fundamental von anderen Waffensystemen. Eine Studie eines staatlich finanzierten US-Forschungszentrums, des Center for Naval Analyses kam 2013 zudem zur Schlussfolgerung, dass Angriffe mit Drohnen in Afghanistan zehnmal tödlicher für afghanische Zivilisten als Angriffe mit bemannten Flugzeugen waren und auch nach Dokumenten, die vom US-Geheimdienst geleakt worden sind, haben bewaffnete Drohnen in 90 Prozent der Fälle unschuldige Zivilisten getroffen. Hinter diesen Zahlen verbergen sich Raketen auf Feiern, auf Märkte, Menschen bei der Feldarbeit, auf Kinder und Frauen. Das Scheitern des Militäreinsatzes in Afghanistan zeigt damit: Der Einsatz bewaffneter Drohnen hat sich als ungeeignet zur Stärkung von Menschenrechten und Demokratie erwiesen, hat die Bevölkerung traumatisiert, Verzweiflung und Hass gesät, damit die Gewaltspirale verschärft und den Terror gefördert.

Das „Nein“ zur Bewaffnung von Drohnen ist daher sowohl ein Gebot der Humanität, als auch der politischen Vernunft: Die Überwindung extremer sozialer Ungleichheit, die Bekämpfung des Klimawandels, die Realisierung des Rechts auf Gesundheit, die Bekämpfung von Fluchtursachen, der Zugang zu Trinkwasser, all dies erfordert in wachsendem Ausmaß zivile internationale Kooperation und den Einsatz aller Bemühungen und Ressourcen für humane Zwecke. Auch deshalb muss die Bewaffnung von Drohnen in der Bundesrepublik gestoppt werden.



## **11.5 Jusos**

### **Thema KATAR-WM BOYKOTTIEREN!**

Die KölnSPD verurteilt die menschenverachtenden Bedingungen unter denen die Herren Fußball WM in Katar möglich gemacht worden ist. Auch nach dem Bau der Stadien nehmen die Verstöße gegen Menschenrechte nicht ab. Vor allem Frauen und queere Menschen leben in diesem Land nicht in Freiheit. Wir fordern die Zivilgesellschaft dazu auf, diese WM zu boykottieren.

## **13.1 Jusos**

### **Thema: WISSENSCHAFT NICHT DEM MARKT ÜBERLASSEN – GEGEN DIE NEOLIBERALISIERUNG DER DEUTSCHEN HOCHSCHULLANDSCHAFT**

NRWSPD – Landtagsfraktion NRW

Wir fordern

- Die Abkehr von der Idee der “unternehmerischen” Hochschule und des meritokratischen Narrativs, also der Vorstellung, dass alle über die gleichen Chancen und Bedingungen für einen Bildungsaufstieg verfügen und es “nur am Engagement der Einzelnen” läge.
- Die Förderung von Kooperationen zwischen Hochschulen, Disziplinen und Wissenschaftler\*innen im Sinne einer solidarischen Wissenschaft statt eines kopflosen Wettbewerbs.
- Bildung liegt in den Händen des Landes und muss dementsprechend ausreichend finanziert werden. Dafür braucht es eine Reformierung der Finanzierung der Hochschulen im Sinne einer umfassenden Grundfinanzierung statt einer Vielzahl befristeter Programme. Diese muss entfristete Mittel für die Anstellung Dozierender beinhalten, damit es Dauerstellen für Daueraufgaben gibt und Betreuungsrelationen verbessert werden. Mittel aus dem Hochschulpakt (HSP) und dem Zukunftsvertrag Studium und Lehre (ZVL) müssen dabei wieder an die Lehre gebunden werden, damit diese nicht anderweitig eingesetzt werden können.
- Forschen und Lehren muss von sozialer Herkunft entkoppelt werden. Dazu braucht es ein Ende der prekären Arbeitsverhältnisse in der Wissenschaft und die Schaffung nachhaltiger Zukunftsperspektiven für die beschäftigten

## **14.1 Jusos**

### **Thema: ERST RECHT IN DER PANDEMIE - KOMMUNALE JOBGARANTIE**

Ratsfraktion – Landtagsfraktion – Bundestagsfraktion

Wir fordern den Ausbau der kommunalen Arbeitsmarktförderung durch Bereitstellung von Arbeitsgelegenheit bis zur kompletten Bedarfsdeckung

## **15.1 Jusos**

### **Thema KEINE PARTEISPENDEN VON RECHTS!**

#### **UBV – Parteirat**

Der UBV wird aufgefordert, unverzüglich ein Compliance-Papier zu entwickeln mit bindenden Bestimmungen zur Annahme von Spenden. Das Papier ist beim nächsten Parteirat vorzulegen und zu beschließen“.

Die Annahme von Spenden von Personen oder Organisationen, die erkennbar im Zusammenhang mit rechten Gruppen stehen, wird für unvereinbar mit den Grundwerten der SPD erklärt. Aus diesen – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – und ihrem historischen Erbe, das Otto Wels und mutige Sozialdemokrat:innen seit der Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes 1933 hinterlassen haben, folgt die Verpflichtung aller Mitglieder und Parteigremien, konsequent gegen Rassismus, Faschismus und rechtes Gedankengut in unserer Gesellschaft zu kämpfen. Viele Sozialdemokrat:innen tun dies auch heute jeden Tag, und viele sind selbst von Menschenfeindlichkeit betroffen. Aus Respekt vor ihnen allen gebietet es die sozialdemokratische Grundhaltung in geradezu selbstverständlicher Art und Weise, dass Parteispenden an die SPD aus dem Umkreis rechter Organisationen abzulehnen sind.

## **15.2 AG 60plus**

### **Thema Transparenz und Überprüfung von Mandatsträgerabgaben**

**Transparenz schaffen – Macht begrenzen – Gerechtigkeit herstellen – Parteifinzen stabilisieren**

#### **UBV – Parteirat**

Der UBV wird aufgefordert, zusammen mit Mitgliedern von Ratsfraktion und Kontrollkommission ein transparentes System der Überprüfung regelkonformer Mandatsträgerabgaben zu entwickeln und geeignete Maßnahmen zu deren Einhaltung zu treffen.“ Ein Bericht zum Ergebnis einer entsprechenden Überprüfung der Jahre 2017 – 2021 wird dem UB Vorstand zeitnah vorgelegt.